



## Rechtsextremismus raus aus dem Internet

Nach dem Aufdecken der mörderischen Aktivitäten der Zwickauer Terrorzelle und ihrer Unterstützer wurden dramatische Versäumnisse des Verfassungsschutzes, aber auch anderer staatlicher Stellen offenbar. Die Medien haben ausführlich darüber berichtet, ebenso wie über die vielfältigen rechten Aktionen, die republikweit seit Jahren zu beobachten sind. Es ist zu hoffen, dass Presse und elektronische Medien auch an diesen Themen dran bleiben, wenn sich die Aufregung über die aktuellen Ereignisse gelegt hat. Dieses gesellschaftlich wichtige Anliegen darf nicht in der hintersten Schublade der öffentlichen Wahrnehmung verschwinden, es gehört auf den täglichen Informationstisch. Dazu sollten alle Medien ihren Beitrag leisten.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund fordert neben dem Verbot der NPD und aller neonazistischer Organisationen, dass ein besonderes Augenmerk auf das Internet gerichtet wird. Die Nazis haben dieses moderne Medium zu einem zentralen Instrument ihrer rückwärtsgewandten, menschenverachtenden Ideologie gemacht. Damit ist das weltweite Netz zu einem Tummelplatz von Rechtsextremisten geworden. Hier verbreiten sie ihre Propaganda, verabreden sich zu Aktionen und werben für Auftritte von rechtsextremen Bands. Sie locken mit oftmals professionell daherkommenden Angeboten, die Action und Kommunikation versprechen, vor allem Jugendliche an. Es muss deshalb eine zentrale Aufgabe auch der Medienpolitik sein, dies zu unterbinden. Hierzu tragen Einrichtungen wie jugendschutz.net bei, das mit seinem hass-im-netz.info eine vorbildliche Informationsplattform zu Rechtsextremismus im Internet bietet. Gefragt sind bei der Bekämpfung rechter Angebote im Netz aber auch die großen Plattformbetreiber wie youtube oder facebook. Sie sind in der Pflicht, ihre Angebote von rechten Inhalten frei zu halten. Im Interesse eines Internets, das dazu beiträgt, die Demokratie zu stärken und nicht antidemokratische und menschenverachtende Inhalte zu verbreiten. Deshalb sagen wir Gewerkschaften: Rechtsextremismus raus aus dem Internet!

Michael Sommer

### Themen:

DGB: Nazis im Internet bekämpfen	2
ver.di zu Pressefusionen	2
DJV-Petition zu Ungarn	3
GVK zu Netzneutralität	4
NDR/RB-Kooperation	5
ZDF: Mehr barrierefreie Angebote	6
Aufsicht will mehr Barrierefreiheit bei Privaten	7
DLM zur Ökonomie der Privaten	8
Zeitungen und Social Media	9
Neue deutsch-jüdische Zeitschrift	10
Tarifabschluss Film	10
Tarifabschluss Zeitschriften	11
OBS Lobby-Studie	11
ROG-Preis Menschenrechte	12
Lesetipp	13
Impressum	12



## DGB: Flagge zeigen gegen Nazi-Terror im Internet

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat ein „entschiedenes Vorgehen gegen Nazi-Seiten im Internet“ gefordert. In einer Resolution mit dem Titel „Flagge zeigen gegen Nazi-Terror“ forderte der DGB-Bundesvorstand Anfang Dezember auch ein Verbot der NPD und aller neonazistischen Organisationen. Kritik übte der DGB-Vorstand am Verfassungsschutz: „Die mörderischen Aktivitäten der Zwickauer Terrorzelle und ihrer Unterstützer offenbaren dramatische Versäumnisse des Verfassungsschutzes. Trotz all seiner Aktivitäten ist es nicht gelungen, die rechtsextremistischen Organisationen und Netzwerke frühzeitig zu erkennen und zu bekämpfen.“ Der DGB fordert deshalb eine umfassende und lückenlose Aufklärung der Mordserie sowie aller Fahndungspannen. Bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus setzt der DGB-Vorstand auch auf zivilgesellschaftliche Kräfte. So bräuchten Initiativen, Projekte und Organisationen, die sich den Neonazis tagtäglich widersetzen und ihre Opfer beraten, finanzielle Unterstützung statt eines „Gesinnungs-TÜV des Bundesfamilienministeriums“. Aus Sicht der Gewerkschaften haben „Egoismus, Ellenbogenmentalität, Gier und Profitdenken das gesellschaftliche Klima vergiftet“. Der Rechtsextremismus sei in der Mitte der Gesellschaft angekommen und Neonazis in verschiedenen europäischen Ländern nutzten soziale Ungerechtigkeiten für ihre rassistischen Ziele, indem sie „eine Ethnisierung sozialer Probleme betreiben“.

Beschluss des DGB-  
Bundesvorstandes

<http://www.dgb.de/-/yF2>

## ver.di: Pressefusion nicht ändern

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) spricht sich gegen die von der Bundesregierung geplante Lockerung der Pressefusionskontrolle aus: „Wer die bewährten kartellrechtlichen Vorgaben im Pressebereich lockert, setzt bewusst die publizistische Vielfalt in Deutschland aufs Spiel“, erklärte der stellvertretende ver.di-Vorsitzende, Frank Werneke, Anfang Dezember vor der Sachverständigenanhörung im Bundeswirtschaftsministerium zur geplanten Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). „Eine strenge Pressefusionskontrolle stellt sicher, dass die Presse ihrem verfassungsgemäßen Auftrag nachkommen und ein vielfältiges Meinungsbild herstellen kann, das zur politischen Willensbildung der Bürgerinnen und Bürger unverzichtbar ist. Dies ist nur mit einer möglichst vielfältigen, qualitativ hochwertigen und unabhängigen Medienlandschaft möglich. Ein solches Presseangebot zu garantieren, ist auch Aufgabe der Pressefusionskontrolle. Die bestehenden Regelungen dürfen daher nicht angetastet werden“, forderte Werneke. Deshalb spricht sich ver.di grundsätzlich gegen die von der

Bundesregierung geplante Anhebung der so genannten Aufgreifschwelle aus, ab der Pressefusionen vom Bundeskartellamt geprüft werden müssen, „Schon jetzt erschienen immer mehr Zeitungstitel mit denselben Inhalten. Auch die Zahl der Verleger sinke ständig ebenso wie die Zeitungsdichte. „Die Entwicklungen belegen, dass die publizistische Vielfalt in Deutschland abnimmt. Diese Tendenz würde sich spürbar verschärfen, wenn die Aufgreifschwelle angehoben wird“, warnte Werneke.

Die ökonomischen Verschiebungen vor allem auf dem Zeitschriften- und Zeitungsmarkt stellten die Verlage vor große unternehmerische Herausforderungen. Dem könne aber nicht mit einer Erleichterung von Pressefusionen begegnet werden, sondern allein mit der Entwicklung neuer Geschäftsmodelle: „Publizistische Vielfalt kann und darf nicht zum Ausgleich mangelnder Wettbewerbsfähigkeit geopfert werden“, unterstrich Werneke. Er forderte die Bundesregierung zudem auf, den noch einmal weitergehenden Forderungen der Verlegerverbände nach einer Erleichterung von Sanierungs- und Nachbarschaftsfusionen auch in Zukunft nicht nachzugeben. Auch der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) hält eine Reform des Pressefusionsrechts im Sinne der Zeitungs- und Zeitschriftenverleger für überflüssig.



## DJV-Petition online: SOS Ungarn

Eine Online-Petition für die Wiederherstellung der Pressefreiheit in Ungarn hat der Deutsche Journalisten-Verband (DJV) Mitte November gestartet. Mit „SOS Ungarn“ wird die ungarische Staatsregierung aufgefordert, „das Anfang 2011 eingeführte Mediengesetz zu überarbeiten und die Bestimmungen aufzuheben, die die Presse- und Meinungsfreiheit unzumutbar einschränken“. Insbesondere fordert der DJV, der Quellenschutz müsse respektiert werden und das Prinzip der Gewaltenteilung gewahrt bleiben. Demokratische Grundsätze müssten eingehalten und eine Dominanz des umstrittenen Medienrates müsse verhindert werden. Die ungarischen Journalistinnen und Journalisten ermuntert der DJV, keine Selbstzensur anzuwenden. Die deutsche Bundesregierung wird aufgefordert, sich intensiv für die Wiederherstellung der Pressefreiheit in Ungarn einzusetzen. Der DJV-Bundesvorsitzende Michael Konken kritisierte in diesem Zusammenhang die zögerliche Haltung der deutschen Bundesregierung und der EU-Kommission gegenüber der medienfeindlichen Politik in Ungarn: „Es gab nur Anfang dieses Jahres zaghafte Versuche der EU-Kommission, das ungarische Mediengesetz zu entschärfen. An der faktischen Abschaffung der Pressefreiheit hat sich dadurch nichts geändert.“

Mehr Infos:

<http://bit.ly/tQnRYp>



## GVK begrüßt Pläne zur Sicherung der Netzneutralität

Die Rundfunk- und Verwaltungsratsvorsitzenden der ARD haben die Entscheidung des Bundesrates begrüßt, über den Vermittlungsausschuss eine teilweise Überarbeitung der Novelle zum Telekommunikationsgesetz zu erreichen. Wünschenswert wäre es gewesen, dass der Bundesrat auch die Empfehlung des Kulturausschusses zur weitergehenden Sicherung der Netzneutralität aufgegriffen hätte, heißt es in einer Mitteilung der Gremienvorsitzendenkonferenz (GVK). Sie appellierte an Bundestag wie Bundesrat, in den weiteren Beratungen neben den ökonomischen und technischen Aspekten auch die gesellschaftlichen, kulturellen und medienpolitischen Belange ausgewogen zu berücksichtigen. Regulierungsziel müsse die Sicherstellung eines leistungsfähigen und diskriminierungsfreien Netzes sein, das die Erfüllung gesellschaftlicher Funktionen und Aufgaben in der Zukunft gewährleistet. Eine solche gesellschaftliche Aufgabe obliege in besonderer Weise dem Rundfunk, der mit seinen Informations-, Kultur- und Unterhaltungsangeboten zur Meinungsbildung und -vielfalt maßgeblich beiträgt.

Aus Sicht der GVK ist es für die Frequenz- und Netzregulierung insbesondere wichtig, funktionsgerechte Regeln für den Datentransport im Internet festzuschreiben. Die in § 41a TKG geschaffenen Handlungsinstrumente müssten aktiv genutzt werden, um konkreten Gefährdungen der Netzneutralität unter Berücksichtigung gesellschaftlicher Belange wie z.B. des Rundfunks frühzeitig und vorausschauend entgegen zu treten. Die medienrechtlichen Kompetenzen und Aufgaben der Länder in der Ausgestaltung wie im Vollzug der Netz- und Frequenzregulierungen z.B. mittels Einvernehmensvorschriften seien sicherzustellen. Ein Zusammenwirken der Infrastrukturen des Rundfunks und des Internets sei zu fördern, um technisch und wirtschaftlich effiziente Lösungen zur Sicherung der Meinungsvielfalt bereit zu stellen.

Die Nutzung des Internets gewinne für den Einzelnen wie für gesellschaftliche Institutionen, Medien oder Unternehmen immer mehr an Bedeutung. Über das Netz werden immer mehr private und öffentliche Informationen empfangen und ausgetauscht, Meinungen gebloggt, Angebote der Medien wie Nachrichten, Musik oder Filme genutzt oder auch die individuelle Kommunikation abgewickelt. Ein leistungsfähiges und zugleich offenes, für jedermann diskriminierungsfrei zugängliches Netz sei die maßgebliche Grundlage für Meinungsvielfalt und -freiheit im Internet.

Derzeit werden alle Daten neutral, d.h. unabhängig von Inhalt, Umfang oder Ziel, von den Internetanbietern nach dem sog. „Best Effort-Prinzip“ an den Einzelnen übertragen. Mit der verstärkten Nutzung des Netzes steigt jedoch auch die Gefahr von Engpässen oder die technische Störanfälligkeit. Technisch ist es inzwischen möglich, Priorisierungen von Datenströmen vorzunehmen, also z.B. „Schnellspuren“ für ausgewählte Datenpakete einzurichten. Die Debatte zur Netzneutralität, mit der sich auch die Enquetekommission des Bundestags „Internet und digitale Gesellschaft“ befasst, wird im Zuge der Novellierung des Telekommunikationsgesetzes geführt.

## NDR und Radio Bremen erweitern Kooperation

Der Norddeutsche Rundfunk (NDR) und Radio Bremen bauen ihre enge Zusammenarbeit weiter aus. Die Aufsichtsgremien beider Sender haben einer Ergänzung der Kooperationsvereinbarung vom 8. Februar 2010 zugestimmt. Vom 1. Januar 2012 an spart Radio Bremen dadurch zusätzlich jedes Jahr 423.500 Euro. Die durch den Kooperationsvertrag von 2010 erzielte jährliche Entlastung in Höhe von einer Million bleibt in vollem Umfang bestehen, sodass die Vereinbarung insgesamt für Radio Bremen jetzt ein Entlastungsvolumen von 1.423.500 Euro umfasst. Die neu verabredeten Kooperationsfelder betreffen die Sendertechnik, aber auch redaktionelle Bereiche wie das Hörspiel oder das Kinderprogramm. Lutz Marmor, NDR Intendant: „Der vor knapp zwei Jahren eingeschlagene Weg hat sich als richtig erwiesen: Eine intensive Kooperation und die Nutzung von Synergien ermöglichen dauerhafte Einsparungen, die im Interesse der Gebührenzahler liegen. Deshalb werden wir jetzt gemeinsam für eine weitere finanzielle Entlastung sorgen und so die Eigenständigkeit von Radio Bremen sichern.“ Radio Bremen-Intendant Jan Metzger meint: „Radio Bremen setzt weiterhin konsequent auf vermehrte Arbeitsteilung und Kooperation in der ARD. Die ausgeweitete Zusammenarbeit mit dem NDR trägt dazu bei, größere Programmkürzungen wegen der andauernden Unterfinanzierung des kleinsten Senders in der ARD zu vermeiden. Obendrein werden so Gebührengelder eingespart. Die Nachbarschaftshilfe ist damit eine wichtige Unterstützung für den Bremer Landessender, die eigenverantwortliche Gestaltung eines identitätswahrenden Programmangebots aufrecht erhalten zu können.“

2010 hatte sich der NDR verpflichtet, für Radio Bremen u. a. den Senderbetrieb, die Buchhaltung und Aufgaben bei der Honorarabwicklung zu übernehmen. Auch Revisionsaufgaben erledigt der NDR mittlerweile für Radio Bremen. In diesem Zusammenhang wurden insgesamt acht Radio Bremen-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter vom NDR übernommen. Für die Produktion von Hörspielen stellt der NDR Radio Bremen zusätzliche Studiokapazitäten zur Verfügung und beseitigt dadurch bestehende Engpässe. Der NDR übernimmt eine Hörspielredakteurin und -regisseurin von Radio Bremen. Das gemeinsam mit dem NDR betriebene Nordwestradio, das seit 2001 für Bremen und das nordwestliche Niedersachsen sendet, strahlt nun auch die Kindersendung „Mikado am Morgen“ von NDR Info aus.

Die langfristig angelegte Kooperation von NDR und Radio Bremen soll einen Beitrag zur aufgabengerechten Finanzierung der kleinen Rundfunkanstalten leisten. Dies entspricht den Forderungen der Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten (KEF) in ihrem 16. Bericht. Die Zusammenarbeit der beiden Nordanstalten im ARD-Verband hat eine lange Tradition, z. B. beim 1965 gestarteten gemeinsamen Dritten Fernsehprogramm. Im Hörfunk, aber auch in der Verwaltung arbeitet man seit langem zusammen.



## **ZDF weitet Angebote für Seh- und Hörbehinderte aus**

Das ZDF wird in den kommenden Jahren seine Angebote für seh- und hörbehinderte Menschen weiter verstärken. „Wir kommen unserer führenden Rolle als Anbieter barrierefrei zugänglicher Programme nach und leiten den weiteren Ausbau ein“, sagte Intendant Markus Schächter vor dem ZDF-Fernsehrat Anfang Dezember in Mainz. Mit „Wetten, dass..?“ und „maybrit illner“ sollen im Lauf des nächsten Jahres zwei starke Marken in das Untertitel-Portfolio aufgenommen werden, kündigte Schächter an. Mit der Wahl dieser beiden Formate reagiere das ZDF auf die große Zuschauernachfrage und erweitere das Untertitel-Angebot mit Show und Politik-Talk um zwei neue Genres. Außerdem werde das „heute-journal“ das schon jetzt untertitelt gesendet wird, in der ZDFmediathek online in einer Version mit Gebärden-Dolmetscher abrufbar sein. Insbesondere die Untertitelung sei bereits in den vergangenen Jahren kontinuierlich vorangetrieben worden. Betrug der Anteil untertitelter Sendungen 2004 noch 14 Prozent, seien mittlerweile 37 Prozent, also gut ein Drittel des ZDF-Programms, mit Untertiteln versehen, sagte der Intendant.

Das Angebot umfasse schon heute eine breite Palette von Genres wie Nachrichten, ZDFspezial-Sendungen, Sportübertragungen, Magazine, Dokumentationen sowie Serien und Spielfilme. Im Jahr 2010 seien insgesamt gut 180 000 Minuten Programm untertitelt worden. Außerdem entwickle das ZDF durch die so genannte Audiodeskription, akustischen Untertiteln vergleichbar, Filme und Dokumentationen zu sehbehinderten beziehungsweise blindengerechten Hörfilmen. Derzeit prüfe das ZDF den Ausbau der Audiodeskription für den „Fernsehfilm der Woche“ und „Terra X“. „Fernsehen ist ein Medium für alle. Das Thema Barrierefreiheit ist dem ZDF seit jeher ein wichtiges Anliegen, das nachhaltig verfolgt wird“, sagte Schächter. Die Untertitel böten außerdem nicht nur behinderten Menschen eine Hilfestellung, sondern würden auch von Menschen mit eingeschränkten Deutschkenntnissen genutzt. „Das Angebot stellt daher auch einen wichtigen Service zur Integration fremdsprachiger Mitbürger dar“, führte der ZDF-Intendant weiter aus.



## Medienanstalten fordern mehr barrierefreie Angebote

Die Gremiovorsitzenden und die Direktoren bzw. Präsidenten der Landesmedienanstalten sehen die privaten Rundfunkveranstalter in der Verantwortung, ihre Programme so zu gestalten, dass Menschen mit Behinderung sie nutzen können. In ihrer Gesamtkonferenz im November bekräftigten sie, dass Barrierefreiheit eine gesamtgesellschaftlich relevante Aufgabe sei, der sich auch die privaten Rundfunkveranstalter im Rahmen ihres öffentlichen Auftrags stellen müssten. Der Rundfunkstaatsvertrag und die Richtlinie über audiovisuelle Mediendienste der EU appellierten an die Rundfunkveranstalter, vermehrt Angebote bereit zu stellen, die auch Menschen mit Behinderung zugänglich sind. Die Medienanstalten fordern die privaten Rundfunkanbieter auf, diese Vorgaben umzusetzen. Als Erstes könnten sie z. B. ein breiteres Angebot von Untertitelungen für Hörgeschädigte einführen. Die Gesamtkonferenz wird sich im kommenden Jahr weiter mit dem Thema Barrierefreiheit befassen.

## DLM: Privater Rundfunk auf sicherem Fundament

Nach deutlichen Umsatzeinbrüchen im Krisenjahr 2009 steht der private Rundfunk in Deutschland heute wieder auf einem sicheren Fundament. Die wirtschaftliche Situation hat sich schneller stabilisiert als erwartet. Das zeigt die Studie „Wirtschaftliche Lage des Rundfunks in Deutschland 2010/2011“, die als Vollerhebung unter allen privaten Rundfunkanbietern im Auftrag der Direktorenkonferenz der Landesmedienanstalten (DLM) unter Federführung der Bayerischen Landeszentrale für neue Medien (BLM) durchgeführt wurde. Die Befragung ergab, dass die Gesamterträge im privaten Radio und Fernsehen 2010 um 7,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen sind. Die Erträge liegen mit 8,23 Mrd. Euro insgesamt wieder auf einem höheren Niveau als 2008 (8,02 Mrd. Euro). Im Jahr 2009 waren sie zwischenzeitlich auf 7,66 Mrd. Euro und damit um rund 4,4 Prozent abgesunken. Die Erlöse aus klassischen Werbespots waren zwischen 2008 und 2009 sogar um rund 7,5 Prozent gefallen, erholten sich jedoch ebenfalls und lagen mit 4,34 Mrd. Euro im Jahr 2010 wieder so hoch wie 2008. Andere Erlösquellen lagen 2010 mit insgesamt 3,67 Mrd. Euro um rund 200 Mio. Euro deutlich über dem Wert von 2008.

Gleichzeitig reduzierten die privaten Rundfunkanbieter ihre Aufwendungen gegenüber 2008 um insgesamt rund 100 Mio. Euro und steigerten damit auch die Profitabilität. Von 2008 auf 2009 war der Kostendeckungsgrad im gesamten privaten Rundfunk zunächst von 110 auf 107 Prozent gefallen, konnte

Eine ausführliche Zusammenfassung der Ergebnisse ist abrufbar unter

<http://tinyurl.com/d2dl5yh>

Der vollständige Ergebnisbericht der Untersuchung mit detaillierten Länderberichten erscheint Mitte Dezember 2011 unter dem Titel "Wirtschaftliche Lage des Rundfunks in Deutschland 2010/11" im VISTAS Verlag, Goltzstraße 11, 10781 Berlin.

anschließend jedoch wieder auf 114 Prozent gesteigert werden. Differenziert nach Gattungen konnten vor allem die privaten Fernsehanbieter incl. Teleshopping 2010 gegenüber 2009 mit einem Zuwachs von acht Prozent deutlich zulegen auf 7,58 Mrd. Euro. Die deutschen Privatradios, die die Krise bereits im Jahr 2008 traf, konnten bei den Umsätzen schon 2009 um 2,7 Prozent zulegen; 2010 lag das Wachstum jedoch nur bei 0,5 Prozent. Das Umsatzniveau von 644 Mio. Euro im Jahr 2010 liegt aber noch unter dem Wert von 2007.

Für das Jahr 2011 erwarten die deutschen TV-Anbieter in allen Segmenten eine weiterhin positive Entwicklung mit einem Erlöswachstum von insgesamt rund 3 Prozent gegenüber 2010. Jedoch fallen die Wachstumserwartungen bei den unterschiedlichen Anbieterkategorien verschieden aus. Die Free-TV-Anbieter gehen lediglich von einem marginalen Wachstum von 0,3 Prozent aus, während die deutschen Anbieter von Pay-TV mit einem deutlichen Zuwachs von rund 8,9 Prozent rechnen. Ebenfalls optimistisch blicken die Teleshopping-Anbieter auf das Jahr 2011: Sie erwarten ein Wachstum von rund 7,4 Prozent. Im Bereich des regionalen Fernsehens wird mit einem moderaten Zuwachs um etwa 2 Prozent gerechnet. Die privaten Hörfunkanbieter sehen für das Jahr 2011 ebenfalls ein, wenn auch insgesamt geringeres, Wachstum von knapp zwei Prozent. Der landesweite Hörfunk geht nur von einem Wachstum von 0,5 Prozent aus, während die Anbieter des lokalen Hörfunks mit einem erwarteten Umsatzzuwachs von 3,7 Prozent optimistischer sind. Die Anbieter bundesweiter Hörfunkprogramme rechnen mit einem Plus von 2,6 Prozent.

Das Online-Geschäft hat für die privaten Rundfunkanbieter eine wachsende Bedeutung. Dies zeigt sich besonders an den Online-Werbeumsätzen der TV-Anbieter. Zwar wurden im Jahr 2010 nur rund 67 Mio. Euro in diesem Segment Erlöst. Dies entspricht weniger als einem Prozent des Gesamtertrags. Bis zum Jahr 2015 erwarten die befragten Anbieter jedoch, dass der Umsatzanteil auf knapp 6 Prozent des Gesamtertrags anwachsen wird. Etwas geringere Erwartungen an das Online-Geschäft haben die privaten Radioanbieter. 2010 lag der Anteil der Onlinewerbung mit rund 5,5 Millionen Euro ebenfalls bei knapp einem Prozent des Gesamtertrags. Bis zum Jahr 2015 wird sich dieser Anteil nach Einschätzungen der Anbieter auf rund 3 Prozent immerhin verdreifachen.

Die Gesamtbeschäftigung in der Rundfunkbranche ist im Jahr 2010 gegenüber 2008 um rund 500 Beschäftigte gestiegen und liegt nun bei einer Anzahl von 75.407. Während im öffentlich-rechtlichen Rundfunk ein weiterer Beschäftigungsrückgang zu verzeichnen ist, stieg die Beschäftigung bei den privaten Anbietern um insgesamt 860 Mitarbeiter trotz der Werbekrise im Jahr 2009. Insgesamt beschäftigten die privaten Rundfunkanbieter Ende 2010 24.687 Personen, davon 18.730 in Festanstellung. Der Frauenanteil bei den Festangestellten lag bei rund 51 Prozent.



## Zeitungsverlage setzen auf Social Media

Für die meisten deutschen Zeitungen (85 Prozent) ist der Einsatz von Social Media bereits heute tägliche Pflichtaufgabe. Dabei geht die Mehrheit der Verlage davon aus, dass die Bedeutung noch zunehmen wird. Dementsprechend planen die Unternehmen den weiteren Ausbau ihres Angebots. Das Gros der Aktivitäten konzentriert sich auf die Präsenz in externen Netzwerken wie Facebook und Twitter sowie die Integration von Facebook-Kommentarfunktionen und Twitter-Tweets in die verlagseigenen Websites. Dies sind Ergebnisse einer Studie des Bundesverbands Deutscher Zeitungsverleger (BDZV), die im November in Berlin vorgestellt wurde. „Nie waren die Bedingungen zur Organisation und Produktoptimierung besser als heute, und Social Media schafft dafür die Voraussetzungen“, sagte Christian Hoffmeister, Geschäftsführer der Agentur Bulletproof Media (Hamburg) und Autor der Studie. Für diese wurden 400 Internetangebote von Zeitungen analysiert und Top-Manager wie Chefredakteure von 130 Zeitungstiteln (60 Verlage) befragt wurden. Verlegern wie Chefredakteuren sei bewusst, dass das Potenzial von Social Media noch nicht ausgeschöpft sei, so Hoffmeister. Fast alle Verlage planten daher den weiteren Ausbau ihrer Aktivitäten. Die Studie belege, dass bereits 40 Prozent der Zeitungen eigene Communities aufgebaut hätten; mehr als ein Viertel (26 Prozent) setzten „Leserreporter“ ein und fast ebenso viele nutzten Social Media, um mehr darüber zu erfahren, was die Menschen bewegt und welche Rolle die Zeitung dabei spielt (u.a. Facebook-Umfragen, Themenmonitoring).

Die Untersuchung zeige, dass die Verlage Social Media in vielfältiger Weise nutzen könnten, um ihre publizistische Rolle und ihre Position im Markt zu stärken, sagte Hans-Joachim Fuhrmann, Mitglied der Geschäftsleitung des BDZV. „Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter bieten den Verlagen ganz neue Chancen, die klassische Rolle der Zeitung als ‚Community-Organizer‘ neu zu definieren und mit Nutzern wie Werbekunden in völlig anderen Spielarten als bisher zu kommunizieren“, so Fuhrmann. Gleichwohl behielten die Verlage im Auge, dass „Facebook & Co. knallharte Wettbewerber sind, wenn es um das Zeitbudget und die Aufmerksamkeit von Usern sowie um die Budgets von Werbekunden geht“. Laut Hoffmeister setzen die Verlage Social Media vor allem dafür ein, die Nutzung der eigenen Angebote zu erhöhen. Daneben biete es hervorragende Möglichkeiten, angestammte Kunden zu binden und neue Kunden zu gewinnen. Im Bereich Werbung könnten die Verlage ihre Umsätze erhöhen, indem sie den Werbekunden auch Social-Media-Lösungen anböten. Sogar der klassische Zeitungsvertrieb könnte über den Austausch in der digitalen Community befeuert werden.

Die Studie kann beim ZV-Verlag zum Preis von 98 Euro bestellt werden unter:

[www.zv-online.de](http://www.zv-online.de)

## Neue deutsch-jüdische Zeitschrift in Englisch

Mit einer neuen Vierteljahreszeitschrift in englischer Sprache will der Publizist Rafael Seligmann das internationale Verständnis über das jüdische Leben im deutschsprachigen Raum verbessern. Ab Januar erscheint die „Jewish Voice from German“ die sich laut Aussage des Herausgebers gezielt an Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Medien und jüdischen Organisationen wendet. Sie werde in Berichten, Analysen und Kommentaren Entwicklungen darstellen und bewerten, die Deutschland und die Juden betreffen. Damit solle die Kommunikation zwischen Deutschland und den wichtigsten jüdischen Gemeinschaften in Nordamerika, Israel und Großbritannien gefördert werden, wo heute mehr als 90 Prozent der Juden leben.

Mehr Infos:

<http://tinyurl.com/75dghrr>



## Tarifabschluss für Filmschaffende

In der dritten Verhandlungsrunde zwischen der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Produzentenallianz ist für die rund 10.000 Film- und Fernsehschaffenden, die auf Produktionsdauer beschäftigt sind, im November ein Tarifergebnis erreicht worden. Es sieht insgesamt Tarifsteigerungen von durchschnittlich acht Prozent über eine Laufzeit von zwei Jahren vor. Die Erhöhung der Wochengagen von 35 Euro ab Juli 2012 und 10 Euro ab Januar 2013 als Sockelbeträge und zwei Prozent ab Januar 2013 bedeutet eine Tarifsteigerung von durchschnittlich knapp vier Prozent pro Jahr. Der Manteltarifvertrag gilt unverändert bis Ende 2013. „Wir haben den Wunsch der Filmschaffenden nach kräftigen Gagensteigerungen durchgesetzt. Die Arbeit in der Filmbranche ist von vielen Widrigkeiten im Bereich der Sozialversicherung, der Arbeitsbedingungen am Set und natürlich auch beim Einkommen geprägt. Durch die Schaffung von Zeitkonten, einer Grenze für die Maximalarbeitszeit in den vergangenen Tarifabschlüssen und nun zügig verhandelter Gagensteigerungen von acht Prozent für die nächsten zwei Jahre schafft ver.di Zug um Zug deutliche Verbesserungen für Filmschaffende“, erklärte der ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

Der Gewerkschafter begrüßte, dass durch die Erhöhung um Sockelbeträge von 45 Euro pro Woche in zwei Stufen niedrigere Gagengruppen beispielsweise in Assistenten-Tätigkeiten überproportional angehoben werden. Nicht zufriedenstellend bleibe der steigende Druck auf Produzenten und Beschäftigte in der Filmwirtschaft. Denn dieser Druck führe zu kürzeren Produktionszeiten unter verschärften Arbeitsbedingungen. Zudem dränge eine unangemessene Sozialgesetzgebung Filmschaffende zwischen Filmprojekten ins soziale Aus, weil

ihren Beiträgen in die Arbeitslosenversicherung oftmals kein Anspruch auf ALG I folge, betonte Matthias von Fintel. Der Gagentarif gilt für Filmschaffende, die im Drehteam und dabei meist wenige Wochen als Kamera- oder Tonleute, im Produktions- und Regiestab oder bei Szenen, Masken- oder Kostümbild bzw. in der Postproduktion als Filmeditoren an der Herstellung von Kinofilmen oder Spielfilmen und Serien für das Fernsehen mitwirken. Filmschaffende haben durch die extreme Kurzzeitbeschäftigung von wenigen Wochen pro Film und wenigen Filmen im Jahr ein besonders hohes Beschäftigungsrisiko und müssen gleichzeitig als Spezialisten qualifiziert bleiben. Darüber hinaus müssen sie sehr flexibel bundesweit und oft kurzfristig für angebotene Projekte zur Verfügung stehen. Für die Schauspielerinnen und Schauspieler steht ver.di zusammen mit dem Schauspielverband BFFS in laufenden Verhandlungen zu einem erstmaligen Tarifabschluss für Schauspielgagen.

### **Tarifabschluss für Zeitschriften**

Für die bundesweit rund 9.000 Beschäftigten bei Zeitschriftenredaktionen haben die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) und der Deutsche Journalistenverband (DJV) mit dem Verband Deutscher Zeitschriftenverleger (VDZ) im November ein Verhandlungsergebnis erzielt. Dadurch konnten die Forderungen der Zeitschriftenverleger nach einem einschneidenden Tarifabbau bei Arbeitszeit, Jahresleistung und Altersversorgung abgewehrt werden. Das Ergebnis sieht darüber hinaus eine Gehaltserhöhung in Höhe von 1,5 Prozent zum Januar 2012 und eine Einmalzahlung von 350 Euro mit dem Februargehalt 2013 vor. Der neue Gehaltstarifvertrag soll bis zum 30. September 2013 laufen. „Das Verhandlungsergebnis wäre nur mit Blick auf die Tarifierhöhung nicht akzeptabel. Allerdings haben wir unser Hauptziel erreicht, weil die Arbeitsbedingungen im Manteltarifvertrag unverändert bis Ende 2013 weitergelten. Es ist ein klarer Erfolg, dass wir die tiefen Einschnitte, die die Verleger durchsetzen wollten, verhindert haben. Wichtig ist uns auch, dass der kommende Umbau der Altersversorgung für Neueingestellte ein gleichbleibend hohes Niveau behält“, erklärte der ver.di-Verhandlungsführer Matthias von Fintel.

### **OBS-Studie: Marktordnung für Lobbyisten**

Die „Lobby-Studie“ der Otto Brenner Stiftung (OBS) verdichtet eine umfangreiche Materialauswertung auf die zentralen Kernpunkte einer „Marktordnung für Lobbyisten“. Die Studie, die Anfang Dezember in Berlin vorgestellt wurde, basiert u.a. auf über 40 qualitativen Experteninterviews. Die Ergebnisse münden in konkreten Vorschlägen, wie Politik den Lobbyismus regulieren kann. „Unregulierter Lobbyismus ist ein Brandbeschleuniger für Demokratieverdrossenheit“, erklärte OBS-Geschäftsführer Jupp Legrand, Geschäftsführer der Otto Brenner Stiftung. Da das Schattenmanagement des

Lobbyismus dem Ansehen der Demokratie und der Reputation der Abgeordneten schade, wolle die Stiftung mit ihrem Vorschlag „für eine intelligente Kontrollkultur werben, die den Lobbyismus ordnet und die Rechte des Parlaments stärkt“, fügte Legrand hinzu.

Die „Marktordnung für Lobbyisten“ führt den Status des akkreditierten Lobbyisten ein, der in einem präzisen Transparenzregister geführt wird, wenn er einen verbindlichen Verhaltenskodex unterzeichnet. Weitere Vorschläge: Die Transparenz der Einflussnahme auf die Gesetzgebung wird erhöht, indem Stellungnahmen, Gutachten und Expertisen frei zugänglich veröffentlicht werden. Die Nebentätigkeiten der Abgeordneten werden strikt begrenzt, für Amts- und Mandatsinhaber werden Karenzzeiten nach dem Ausscheiden aus der Politik eingeführt. Der Bundestag beschließt die Ratifizierung der UN-Konventionen gegen Korruption und schränkt die Beauftragung externer, parlamentsferner Kanzleigesetze ein. Dagegen wird angeregt, externe Leihbeamte - etwa aus Unternehmen - und das Regierungssponsoring ganz zu verbieten. Die „Marktordnung für Lobbyisten“ sei im Kern, „ein Appell an das Parlament, endlich – im wohl verstandenen Eigeninteresse – als Gesetzgeber gegen den Wildwuchs des Lobbyismus vorzugehen“, heißt es im Vorwort der Studie. Die OBS verstehe die in der Studie vorgestellten Regulierungsvorschläge „als eine road map zur Ordnung eines bisher unregulierten Informations- und Einflussmarktes“. Das Zurückdrängen intransparenter Einflüsse von Lobbygruppen und Lobbyisten soll zur Revitalisierung parlamentarischer Prozesse und damit zu einer Stärkung der Demokratie insgesamt beitragen. Die Stiftung will mit der Studie die Diskussion über Lobbyismus versachlichen und lädt Politik, Lobbyisten und Zivilgesellschaft zu einer kritischen Prüfung der Vorschläge ein.

Andreas Kolbe, Herbert Höningsberger, Sven Osterberg: Marktordnung für Lobbyisten. Wie Politik den Lobbyismus regulieren kann. Ein Vorschlag der Otto Brenner Stiftung, OBS-Arbeitsheft 70, Frankfurt/Main 2011. Mehr Infos unter: [www.lobby-studie.de](http://www.lobby-studie.de)

## ROG-Preis für Pressefreiheit 2011 vergeben

Reporter ohne Grenzen (ROG) ehrt den syrischen Karikaturisten Ali Fersat als „Journalist des Jahres“. In der zweiten Kategorie „Medium des Jahres“ geht der Preis für Pressefreiheit an die birmanische Wochenzeitung „Weekly Eleven News“. Mit der jährlichen Auszeichnung würdigt ROG Journalisten und Medien für ihren besonderen Einsatz für Pressefreiheit und Menschenrechte. Der Preis ist in beiden Kategorien mit je 2.500 Euro dotiert. In diesem Jahr vergibt ROG die Auszeichnung in Partnerschaft mit der französischen Tageszeitung „Le Monde“ sowie mit Unterstützung des französischen Fernsehkanals „TV5 Monde“. An der Verleihung des Preises in Paris konnte der im kuwaitischen Exil lebende Fersat nicht teilnehmen. Stellvertretend für den syrischen Künstler nahm der französische Karikaturist Jean Plantureux („Plantu“) die Auszeichnung entgegennehmen. Der Preis in der Kategorie „Medium des Jahres“ wurde an zwei Journalisten von „Weekly Eleven News“ überreicht.

ROG vergibt seinen Menschenrechtspreis seit 1992 und damit in diesem Jahr zum 20. Mal. Mit der Auszeichnung sollen weltweit Journalisten und Medien ermutigt werden, die in ihrer täglichen Arbeit die Pressefreiheit verteidigen. Die diesjährige internationale Jury bestand aus zwölf Journalisten sowie Vertretern von Menschenrechtsorganisationen. <http://bit.ly/uXBjgZ>

Der im Jahr 1951 geborene Ali Fersat begann seine Laufbahn als Karikaturist mit 14 Jahren bei der syrischen Tageszeitung „Al-Ayyam“. Seitdem veröffentlichte Fersat mehr als 15.000 Zeichnungen in zahlreichen nationalen wie auch in internationalen Zeitungen und Publikationen. Seine mehrfach preisgekrönten, originellen Arbeiten waren in verschiedenen Ausstellungen in Europa zu sehen. In seinen jüngeren Werken illustriert er auch die Anwendung von Folter sowie Korruption und Medienzensur in seiner Heimat. Zuletzt standen die Anti-Regierungsproteste und deren blutige Niederschlagung im Zentrum seiner Arbeit. Das Regime reagierte gegen diese künstlerische Rebellion mit Gewalt: Am 25. August attackieren Sicherheitskräfte den Zeichner und brachen ihm beide Hände. Im darauffolgenden Oktober foh Fersat aus Damaskus und lebt derzeit in Kuwait.

„Weekly Eleven News“ gehört zu den wenigen Medien in Birma, die politische und gesellschaftliche Tabus angreifen und sich dabei unerschrocken über offizielle Zensurvorgaben hinwegsetzen. Jüngstes Beispiel ist die Berichterstattung der Zeitung über die Überschwemmungen in der Stadt Mandalay im Zentrum des Landes im vergangenen August. Im November 2010 versuchte die Zeitung darüber hinaus Artikel über Unregelmäßigkeiten bei der Parlamentswahl zu veröffentlichen. In der Printausgabe scheiterte die Redaktion an der Zensur und veröffentlichte die Berichte deswegen auf der Website des Blattes.

## Lesetipp

### Media Governance in Europa

Die in Deutschland diskutierten Modelle und Fragen zu Regulierung, Partizipation und Mitbestimmung in den elektronischen Medien sind auch in anderen europäischen Staaten relevant. Die Autorinnen und Autoren thematisieren in diesem Band dabei insbesondere die Beteiligung der Zivilgesellschaft. Die Beiträge dokumentieren den Ertrag einer internationalen Tagung mit Teilnehmenden aus Wissenschaft und Praxis, die Teil des Forschungsprojektes „Mitbestimmte Medienpolitik“ war, das von der Hans-Böckler-Stiftung gefördert wurde.

Hans J. Kleinsteuber/ Sabine Nehls (Hrsg.), Media Governance in Europa. Regulierung – Partizipation – Mitbestimmung. VS Verlag. Wiesbaden 2011.

Herausgeber:  
DGB-Bundesvorstand, Referat  
Medienpolitik, Henriette-Herz-  
Platz 2, 10178 Berlin

Redaktion:  
Dr. Sabine Nehls

Tel: 02129-959644  
[SabineNehls@aol.com](mailto:SabineNehls@aol.com)

Der medien-newsletter kann  
abonniert werden über:  
[www.dgb.de/service/newsletter](http://www.dgb.de/service/newsletter)